

„direkte“ Beschuldigung des Beklagten als des Diebes angestellt worden wäre.

Kann somit in der eben besprochenen Beziehung ein Unterschied zwischen der Fahrnißklage aus unfreiwilligem Verlust und der Diebstahlsklage für das ältere schwedische Recht nicht anerkannt werden, so geht im Uebrigen aus den eigenen Darlegungen Estlanders zur Genüge hervor, dass ein solcher auch sonst nicht bestanden hat. Der Unterbau des Verfahrens in Gestalt von Kundmachung, Spurfolge und Haussuchung, die Voraussetzungen für die Klagerhebung, Aktiv- und Passivlegitimation der Parteien, Zweck, Mittel und Wirkungen des Beweisverfahrens, die Folgen der Erbringung und der Nichterbringung des Beweises — alles dies stimmt für beide Klagen überein. Wenn der Verfasser gleichwohl das Fahrnißklageverfahren gegenüber dem Diebstahlsverfahren als einen selbständigen Prozesstyp bezeichnet, so hat er selber, wenn auch wider seinen Willen, den Nachweis für die Unrichtigkeit dieser Auffassung erbracht. Unstreitig sind die Anfänge und Anknüpfungspunkte für die spätere Loslösung der reipersekutorischen Fahrnißklage von der auf Bestrafung abzielenden Diebstahlsklage auch in den Landschaftsrechten bereits erkennbar. In den Fällen, wo der Besitzer die gestohlene Sache herausgeben muss, obwohl er sich von dem Verdachte, der Dieb zu sein, zu reinigen vermag (wie z. B. bei der Einrede des Marktkaufs), zeigt sich die beginnende Verselbständigung des in der Diebstahlsklage enthaltenen, reipersekutorischen Elements. Aber nur der Erfolg, der mit ihr erreicht wird, und daher der Zweck, zu dem sie unter gewissen Voraussetzungen verwendet werden kann, hat hier nicht mehr strafrechtlichen Charakter. Für den Weg, der zu jenem Erfolge führte, muss ein solcher eben auf Grund der Untersuchungen des Verfassers bestimmt in Anspruch genommen werden.

Kiel.

Max Pappenheim.

Repertorium diplomaticum regni Danici mediævalis. Fortegnelse over Danmarks Breve fra Middelalderen med Udtog af de hidtil utrykte udgivet ved Kr. Erslev i Forening med William Christensen og Anna Hude af Selskabet for Udgivelse af Kilder til Dansk Historie. Andet Bind andet Hæfte (1382—1400); tredje Bind første (1401—1420) og andet Hæfte (1420—1437). Med Understøttelse af Ministeriet for Kirke- og Undervisningsvæsenet og den Grevelige Hjelmstjerne-Rosencroneke Stiftelse. st. 8 (279 S.; 512 S.). København 1898—1900. J Kommission hos Universitetsboghandler G. E. C. Gad. Trykt hos Nielsen & Lydiche.

Das vorstehend bezeichnete Werk, dessen früher erschienene Theile im XIX. Bande dieser Zeitschrift (G. A. S. 161 ff.) angezeigt worden sind, ist mittlerweile mit erfreulicher Regelmäßigkeit fortgeschritten. Mit dem zweiten Heft des dritten Bandes hat es die Nr. 6912 erreicht, verzeichnet aber, da die undatirten selbständig gezählt werden, im Ganzen bereits 7310 Urkunden. Ueber seine Art und Bedeutung braucht dem früher Bemerkten nichts hinzugefügt zu werden. Die Fortsetzungen schliessen sich gleichmäßig und gleichwerthig den bereits besprochenen Theilen an.

Hinsichtlich der gebotenen Texte ist zunächst auf einige Fälle hinzuweisen¹⁾, wo entweder der handschriftliche Wortlaut nicht genau wiedergegeben, oder die Beifügung eines Beanstandungszeichens verabsäumt worden ist. Das gilt von Nr. 3371 (*que bona michi . est decessa*), Nr. 3399 (*conficem instrumenta*), Nr. 3718 (*inter tabernas panniscidorum*), Nr. 3987 (*pro compoti pretio*), Nr. 4631 (*myt* beruen luden, wo natürlich 'bederuen' zu lesen und wahrscheinlich ein Abkürzungszeichen in der Handschrift fehlt oder bei der Wiedergabe übersehen worden ist), Nr. 4687 (vor Hillegund für *vro H.*) Nr. 4844 (*impugnabo* für *impignerabo*), Nr. 4880 (*propter vivis et defunctis*), Nr. 5201 (*Tidericus de Hamele* für *T. d. Hamelen*), Nr. 6035 (Bd. III S. 320 Z. 7 v. o.: *nos* für *nobis*). Sodann sind einige Fälle zu bemerken, in denen der richtige Text ohne Grund durch Frage- oder Ausrufungszeichen von den Herausgebern beanstandet worden ist. So in Nr. 3421 (*si predice* [*sic!*] *heredes necesse magnum habuerint de littera*, d. h. die Urkunde nothwendig brauchen sollten), Nr. 3534 (wo das 'nostro' zu 'sub sig.' gehört), Nr. 3693 (wo das Ausrufungszeichen statt zu 'redimatur' zu 'intimemo' hätte gesetzt werden sollen).

Ohne Grund auch ist von den Herausgebern an zwei Stellen der Wortlaut der sachlich interessanten Urkunde Nr. 3952 beanstandet worden, die über ein im Jahre 1394 im Gerichte des Sundherreds erbrachtes Dingzeugniss ausgestellt ist. Acht Männer haben erklärt, mehrfach gehört zu haben, „*quod pater ejusdam Brennæ Christiernss cum consensu fratrum suorum et omnium parentalarum suarum ve[ll] ejusdem heredum aliorum omne jus terrarum predicto Erlando infra ejusdem 4 placiti limites*²⁾ *dimisit pro nece ejusdem Brennæ Christiernss omne booth sublevando et extorquendo*³⁾ *ab interficientibus, prout jura Selandie clamant, et dum interficientes omne booth et jus sibi fecerant, tunc Erlandus pro morte predicti Brennæ faciat et reddat sibi per presentes quittos et excusatos*⁴⁾ *etiam pro omni feythe et detrimento ammodo adveniente*“. Der Vater des Getödteten hat mit Zustimmung seiner Verwandten seinen Anspruch auf die Todtschlagsbusse dem Erland zur Erhebung und Beitreibung (*sublevando et extor-*

¹⁾ Verdruckt sind in Nr. 3801 (II S. 364 Z. 1 v. o.) die Worte „in placito“, in Nr. 4880 (III S. 91) das Wort „obligamus“. In Nr. 4946 (III S. 102) war „byvrede“ als ein Wort zu drucken. — ²⁾ Vgl. auch Nr. 3918. 3934. 3952. 4104; „inden 4 stokke“ z. B. Nr. 6585. — ³⁾ Hierzu ist in der Ausgabe ein Fragezeichen gesetzt.

quando) übertragen. Dieser soll die Thäter nach der Busseleistung quitt und schuldfrei (*excusatos*) auch in Ansehung der Fehde und sonstiger Schädigung machen. Erland ist hiermit ohne Zweifel auch zur Gelobung der Urfehde Namens der Verwandten des Getödteten berechtigt und verpflichtet. Ueber die Form, in der eine solche Gelobung zu dieser Zeit stattfand, geben zwei deutsche (Nr. 3483 und 6674) und eine lateinische (Nr. 5051) Urkunde erwünschte Auskunft. Namentlich die letztere, die König Erich von Pommern im Jahre 1409 ausgestellt hat, ist von Interesse. Der Sohn des Getödteten hat vor dem Könige, nachdem er die Todtschlagsbusse „*secundum sui et suorum consanguineorum beneplacitum*“ empfangen, dem Thäter „*et universis consanguineis suis, natis et nascituris, plenum cessodium dictum orfeythe, firmam treugam et securam amicitiam pro se et suis consanguineis et amicis*“ versprochen. Zumal in der 'treunga' ist die alt-nordische Terminologie erhalten.

Auf die Wahl eben jenes Königs Erich von Pommern haben drei zusammengehörige Urkunden (Nr. 6031, 6032, 6034) Bezug, die zu den wichtigsten Bereicherungen der Wissenschaft durch unser Repertorium gehören. Sie sind berufen, in der viel umstrittenen Frage¹⁾ nach Art und Ort der dänischen Königswahl im Mittelalter ein gewichtiges Wort mitzusprechen und zwar zu Gunsten der von Anna Hude in ebenso besonnener wie scharfsinniger Darstellung vertretenen Ansicht, dass die Wahl des dänischen Königs bis zum Ausgange des 15. Jahrhunderts auf den Landschaftsversammlungen (*Landsthingen*) erfolgte, unter denen diejenige des grössten „Landes“, die *Viborger*, von Alters her den Vorrang besass, dass dagegen die vermeintlichen „Reichsvolksversammlungen“, wie sie zumal nach *Saxo Grammaticus* zu *Isøre* auf Seeland zum Zweck der Königswahl stattgefunden hätten, einerseits nur aus besonderen Anlässen zusammentraten und andererseits Versammlungen der Grossen des Reichs, nicht Volksversammlungen waren, durch welche die eigentliche Wahl des Königs auf den *Landsthingen* in maßgebender Weise vorbereitet und materiell etwa zur Bedeutung einer blossen Huldigung herabgedrückt, aber nicht formell ersetzt werden konnte. Die drei Urkunden des Repertorius sind sämtlich im Juli 1423 ausgestellt, in deutscher Sprache und nach einem und demselben, augenscheinlich vom König gewünschten Muster. Sie sind zu *Viborg*, *Lund* und *Ringsted* als den drei Orten aufgenommen, wo die *Landsthinge* für *Nordjütland*, *Schoonen* und *Seeland* tagten, und wo „*de erste, de andre, de drudde kore na rechte ghan schal, wen man koninge tom riike [to Dennemarken] kesen schal*“. In jeder von ihnen urkundet der Richter des betreffenden Landes mit

¹⁾ Vgl. einerseits — mit nicht unerheblichen Verschiedenheiten im Einzelnen — besonders J. E. Larsen, *Samlede Skrifter* I 2 S. 200 ff. und H. Matzen, *Danske Kongers Haandfæstninger* S. 19 ff., 40 ff., 59 ff., s. auch *Forelæsninger over den danske Rethistorie*, *Offentlig Ret* I S. 141; andererseits Anna Hude, *Danehoffet og dets Plads i Danmarks Statsforfatning* (1893) S. 11 ff., 90 ff.

zahlreichen geistlichen und weltlichen Grossen desselben darüber, dass der König Erich Botschaft habe ergehen lassen und Antwort nach der Wahrheit gefordert habe, ob da irgend ein König gekoren worden sei zu König Kristoffers¹⁾ Zeiten oder später ausser König Waldemar seinem Sohne²⁾ und darnach König Olaf³⁾ und demnächst König Erich⁴⁾ selber. Darauf bezeugen nun die Aussteller der drei Urkunden⁵⁾ je für die betreffende Landschaft, „dat nen koning gekoren ys to dem rike Denemarken mit rechte na des rykes rechte unde hiir to dessem landesinde by koning Cristofers tyden uft dar na sunder koning Waldemar unde koning Olaff unde koning Erik“. Wie man sieht, liegen hier drei hochbedeutsame Zeugnisse für die in Dänemark zu jener Zeit herrschende Ansicht über die Erfordernisse der Königswahl vor. Der Anlass zu der Anfrage des Königs und somit der Ablegung jener Zeugnisse lässt sich mit grösster Wahrscheinlichkeit bestimmen. Der Streit um das Herzogthum Schleswig zwischen König Erich und den drei Söhnen des Herzogs Gerhard näherte sich im Jahre 1423 der Erledigung durch den Spruch des zum Schiedsrichter gewählten, römischen Königs Sigismund. Den ersten Rechtstitel für Gerhards Söhne bildete die im Jahre 1326 am Tage von Mariä Himmelfahrt erfolgte, erbliche Belehnung des Grafen Gerhards des Grossen mit Schleswig durch Waldemar III. Sie war von vornherein unwirksam, wenn Waldemar nicht rechtsgültig zum König gewählt war. Hierfür den Beweis zu schaffen, bezweckte die Frage des Königs Erich. Durch unsere drei Urkunden wurde er ihm geliefert. Zwei von ihnen tragen von gleichzeitiger Hand die Aufschriften: „quod dux Woldemarus non fuit rex“ und „littera Jutorum, quod dux Woldemarus non fuit rex“. Dieser dux Woldemarus kann kein anderer gewesen sein, als Waldemar III. Die Urkunden sollten dem römischen König vorgelegt werden; daraus erklärt sich, dass sie sämmtlich in deutscher Sprache abgefasst sind. Merkwürdig ist, dass sie anscheinend gleichwohl in dem Schiedsgerichtsverfahren nicht unmittelbar verworthen worden sind. Der Viborger scheint allerdings die in einer der Prozessschriften Erichs⁶⁾ mit Bezug auf Jütland begegnende Wendung zu entstammen: „*primi Reges eligendi electio stat super inhabitationibus eiusdem terre [et nos ibi in Regem electi sumus]*“. Auch deutet auf eine gegnerische Anzweiflung der Königseigenschaft Waldemars deren nachdrückliche Betonung in einem Schriftsatze der drei Herzöge hin.⁷⁾ Von unsern drei Urkunden selbst ist aber in dem sehr umfangreichen Prozessmaterial, das auf uns gekommen ist, nicht die Rede. Es würde uns zu weit führen, an dieser Stelle hierauf und auf

¹⁾ Kristoffer II. 1319—1332. — ²⁾ Waldemar IV. (Atterdag) 1340—1375. — ³⁾ Olaf Haakonson 1376—1387. — ⁴⁾ Erich v. Pommern 1397—1438. — ⁵⁾ Der Wortlaut ist nach der seeländischen Urkunde mitgetheilt. Die jütische stimmt, wie die Herausgeber bemerken, hier mit ihr genau überein. Die schoonische weicht nur in Kleinigkeiten ab. — ⁶⁾ *Scriptores rerum Danicarum* VII p. 294. — ⁷⁾ *Scr. rer. Dan.* VII p. 341 Nr. II, wo sogar behauptet wird, Waldemar sei auch zur Zeit seines Todes „*verus et indubitatus Rex Danorum et Slavorum*“ gewesen!

die Schwierigkeiten einzugehen, die aus der Vergleichung der drei Urkunden, zumal der Viborger, mit dem sonst über die Wahl Waldemars III. Ueberlieferten¹⁾ sich ergeben. In jedem Falle erhellt aus ihnen, dass nach allgemeiner Rechtsanschauung zur Zeit ihrer Ausstellung die Wahl des dänischen Königs nur auf den drei Landschaftstingen gültig erfolgen konnte. Dass diese Form bei der Wahl der Könige Waldemar IV., Olaf und Erich von Pommern beobachtet worden sei, bringt uns in Ansehung der beiden letzteren Gewissheit an Stelle blosser Wahrscheinlichkeit.²⁾ Von Waldemar IV. erfahren wir nun erst, dass er noch vor der Abtretung Schoonens an Schweden sich auch in Lund zum König hatte wählen lassen.³⁾ —

Im Anschluss an das über die Schötungsurkunden der früher besprochenen Theile des Repertoriums Bemerkte⁴⁾ sei noch hervorgehoben, dass wir zwar auch aus den später publicirten im günstigen Falle meist nicht mehr erfahren, als dass die *scotatio* 'in sinum' (Nr. 3561, 3680, 3813) oder 'in gremium' (Nr. 3864) erfolgt sei, wie denn auch gelegentlich die Ausdrücke „*scotavit et ingremiavit*“ mit einander verbunden werden (Nr. 4819, 6018, vgl. 4471). Eigenthümlich aber und, soviel mir bekannt, sonst nicht bezeugt ist die in Nr. 3806 (v. J. 1391) von Fünen berichtete Sitte. Nach einem hier beurkundeten Thingzeugniss haben um das Jahr 1355 die Brüder Johannes Pauli und Ricquardus Pauli im Herredsting ihr von den Eltern ererbtes Vermögen getheilt „et ipsas distributiones mutuis scotationibus cuilibet partem suam in sinu posteriori quod dicitur baghschodæ ratificaverunt“. Anscheinend handelt es sich hier um eine besondere Form für den Fall, dass nicht die Veräusserung, sondern die Ueberweisung bei Auflösung einer (Erben-)Gemeinschaft in Frage steht. — Für die Erkenntniss der Rechtswirkung der *scotatio* ist Nr. 6035 (Lund a. 1423) von Interesse. Wir finden hier den Satz „*donner et retenir ne vaut*“ in dänischem Gewande wieder. Der Probst Folquin von Lund hat für sein und der Seinen Seelenheil einen Altar im Dom zu Lund gestiftet und dotirt „*scotatis ad hoc, licet non manutraditis, omnibus bonis suis immobilibus*“. Er hat diese Güter bis zu seinem Tode kraft vorbehaltener Nutzniessung in Besitz gehabt „*nec ea persone dicti altaris, sicut in scotatione moris est, ad manus tradidit*“. Nach seinem Tode sind die Güter von der Kirche in Besitz genommen worden. Die Erben aber machen, „*quod dicta scotatio non potest secundum leges patrie vigore subsistere, cum ex ea non fuerit bonorum subsequuta traditio manualis*“, bei dem Erzbischof und dem Kapitel „*necnon in placitis generali ac alias municipalibus terre Scanie*“ Eviktionsansprüche geltend. Der Erzbischof, „*considerato, quod bona per pretactum modum de altari verisimiliter possemus evincere*“ (die Erben sprechen), zieht es vor, mit den Erben einen für sie nicht ungünstigen Vergleich zu schliessen.

¹⁾ Vgl. namentlich Anna Hude a. a. O. S. 103 f. — ²⁾ A. Hude S. 109—114. — ³⁾ Anders A. Hude S. 110. — ⁴⁾ Bd. XIX dieser Zeitschrift G. A. S. 163 zu Note 1.

Dieser Umstand macht es wahrscheinlich, dass der von den Erben eingenommene Standpunkt in der That auch nach der Ansicht des Erzbischofs unangreifbar war.

Wir schliessen unsere Betrachtung mit der Wiederholung der besten Wünsche für den Fortgang des nun wohl schon zum grösseren Theile vollendeten Werkes.

Kiel.

Max Pappenheim.

F. Dahn, Die Könige der Germanen. Band VIII: Die Franken unter den Karolingern. Dritte Abtheilung XIV, 296 S. 1899. — Vierte Abth. X, 260 S. 1899. — Fünfte Abth. VI, 359 S. 1899. — Sechste Abth. VI, 374 S. 1900. Leipzig, Breitkopf & Härtel.

Wohl keinem Zeitraum der mittelalterlichen Geschichte ist in den letzten Jahren so eingehende Behandlung zu Theil geworden wie dem Zeitalter der Karolinger; neben E. Mühlbacher's politische Geschichte und A. Hauck's Kirchengeschichte tritt nun die Darstellung von Verfassung und Verwaltung aus F. Dahn's rühriger Feder.

Die beiden ersten Abtheilungen des achten Bandes seiner „Könige der Germanen“ sind bereits in dieser Zeitschrift (Bd. XX, 274 ff.) angezeigt worden. In kurzen Intervallen sind ihnen vier weitere gefolgt, sodass es nunmehr gilt, den Werth des Ganzen zu bestimmen.

Mit den Grundzügen der politischen Geschichte, den territorialen Gliederungen und dem Ständewesen beschäftigen sich die zwei einleitenden Bände; die übrigen sollen die Verfassung des Karolingerreichs nach allen Seiten hin darlegen. Ihren Mittelpunkt findet sie im Königthum. Diesem steht die Gesetzgebungs- und Verordnungshoheit zu; die stattliche Zahl der Beamten, vermehrt durch die Einfügung der *missi dominici* in den Organismus der Verwaltung, ist von ihm abhängig. Der König ist oberster Kriegsherr und aus solcher Machtbefugniss heraus kann er Erleichterungen im Kriegsdienste einführen, ohne deshalb das Prinzip der Heerespflicht aller Volksgenossen, nicht allein der Grundbesitzer, aufzuheben. Nach bestimmten Normen regelt sich die Rechtspflege innerhalb des weiten Reiches; es fehlt nicht an einschneidenden Veränderungen, während gleichzeitig der zunehmenden Fülle königlicher Macht das häufigere Eingreifen des Königsgerichts entspricht. Die Thätigkeit des Staats auf dem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens wird gesteigert, die Bildung des Volks zieht er in den Kreis seiner Aufgaben. Vielgestaltige Einnahmequellen, insbesondere Krongüter und Zölle, stehen dem Königthum zu Gebote, an kirchlicher Organisation und Verwaltung wie an der Bestimmung der Lehre nimmt es hervorragenden Antheil. Gleichwohl ist es nicht absolut. Denn noch lebt im Reichstag die alte Volksversammlung fort; Weltadel und Kirche, die sich immer mehr für ihren Besitz der Immunität zu versichern weiss, gewinnen seit Ludwig's des Frommen Regierung